

Bernd Röttger

Noch immer „Modell Deutschland“? Mythen und Realitäten politökonomischer Kontinuität einer Gesellschaftsformation

Gilbert Ziebura zum 88. Geburtstag

1. Einleitung

Totgesagte leben bekanntlich länger. Scheinbar gilt dies auch für das „Modell Deutschland“. Nachdem die SPD mit diesem Slogan 1976 in den Bundestagswahlkampf eintrat, um nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 auf den Plakaten die frohe Botschaft zu verkünden „Unsere Wirtschaft bleibt vorn. Durch soziale Stabilität“, wurde in der wissenschaftlichen Dechiffrierung dieses Entwicklungsmodells bereits sein nahendes Ende erblickt. Frieder Schlupp (1979, 12f.) leitete gerade aus der dem Modell innewohnenden Kombination von „innerer Stabilität“ und „äußerer Stärke“ ein „eminentes Stabilitäts- und Dominanzdilemma“ ab, weil die deutsche Ökonomie andere kapitalistische Metropolen aufgrund ihrer Überschüsse im Außenhandel zu Reaktionen zwingt, „die zunehmend die Reproduktion des auf ‘Stabilität’ gegründeten Export-, Modernisierungs- und Internationalisierungs-‘Modell Deutschland’ zu durchbrechen drohen“.

Sicher erlebte die Rede vom „Modell Deutschland“ seit seiner Verkündung verschiedene semantische Verschiebungen, etwa zu einem Modell geld- und währungspolitischer Stabilität in den Debatten zur monetären Integration Europas in den 1980er und 1990er Jahren, regierungsamtlichen Visionen von Deutschland als einem „Anker für Stabilität und Wachstum in Europa“ in jeglicher Krisenpolitik, die gemeinhin mit Forderungen nach „Lohnmäßigung“ einhergehen oder modellierter „Politik des *beggar and lecture thy neighbour*“ (Lehndorff 2011: 655), wie sie exemplarisch von Volker Kauder auf dem CDU-Parteitag 2011 in die Formel „in Europa [wird] Deutsch gesprochen!“ gegossen wurde. Noch 2003 aber startete die IG BCE ihre Kampagne „Modell Deutschland – Zuerst der Mensch“, obwohl die „soziale Dimension“ seiner Entwicklung schon immer nur als ein Appendix seiner weltwirtschaftlichen Erfolge fungierte. Weder in der IG Metall, in deren Organisationsbereich tarifliche Bindungen kontinu-

ierlich wegbröckelten, noch bei Ver.di, die sich mit gründlich verschlechterten Arbeitsbedingungen infolge von Privatisierungen herumärgern musste, wurde dem „Modell“ als Ziel von Politik noch Referenz erwiesen.

In der Krisenpolitik seit 2008, dem neuen „Krisenkorporatismus“ (Urban 2010: 4), jedoch erschien das „Modell Deutschland“ wieder putzmunter: eine relative innere Stabilität, die durch eine neue tripartistische Korporation von Kapital, Gewerkschaften und Staat vor allem über Kurzarbeitsregelungen erreicht wurde, paarte sich mit einer ökonomischen Krisenüberwindung, die seit dem Spätsommer 2009 vor allem wieder vom Export – nun in die aufstrebenden Schwellenländer der Weltökonomie – getragen wurde. Der siebente Workshop im Rahmen des von den „Chemie-Sozialpartnern“ veranstalteten Wittenberg-Prozesses im April 2010 formulierte unmissverständlich:

„Es ist richtig, dass die deutsche Wirtschaft in der Krise aufgrund ihrer starken Exportorientierung besonders gelitten hat. Genauso richtig ist jedoch, dass die deutsche Volkswirtschaft nur aufgrund ihrer leistungsfähigen exportorientierten Industrie viel schneller als die meisten anderen Industrieländer den Weg aus der akuten Krise gefunden hat. Gerade in der Krise hat die Soziale Marktwirtschaft ihre Stärken bewiesen: Durch konzentriertes Handeln von wirtschaftlichen Entscheidern, Arbeitnehmern und Politik konnten größere Schäden abgewendet werden. Die sozialpartnerschaftlichen Instrumente, die vor der Krise in der chemischen Industrie entwickelt worden waren, haben sich bewährt und als Standortvorteil im globalen Wettbewerb erwiesen.“ http://www.igbce.de/portal/site/igbce/finanzmaerkte_industriepolitik/

Und auch in der kritischen Ökonomie wird hervorgehoben, dass sich in den „institutionellen und organisatorischem Arrangements“ ökonomischer Regulation der deutschen Wirtschaft, die sich zentral um die Exportbranchen gruppieren, „bis heute keine substanziellen Änderungen“ ergeben haben (Hübner 2011: 642). Meine These ist, dass sich diese scheinbare Kontinuität des „Modell Deutschland“ nur über eine tief greifende Transformation seiner Grundlagen entfalten konnte. Herrschaftsformen entwickeln oft eine wesentlich längere Lebensdauer als die strukturellen Entwicklungsvoraussetzungen und die Gestalt der sozialen Kämpfe, die zu ihrer Herausbildung geführt haben. Das „Modell Deutschland“ entstand auf der Grundlage einer spezifischen Stellung in der sich fordistisch industrialisierenden Weltökonomie und eines innergesellschaftlichen Klassenkompromisses. Heute bestimmen rigide Weltmarktkonkurrenz und deutlich verschobene gesellschaftliche Macht- und Verteilungsrelationen zugunsten des Kapitals den politökonomischen Entwicklungspfad. Sowohl seine globale Konstitution als auch sein klassenpolitischer Charakter wurden umgestülpt.

Die treibenden Kräfte dieses Wandels werde ich im Anschluss an Gilbert Zieburas Gesellschaftsformationsanalysen als Ergebnis wirkungsmächtiger Dialektik von internen und externen Bestimmungsfaktoren analysieren, durch die sich spezifische Verhältnisse von strukturellen Entwicklungsbedingungen und politischem

Entscheidungsprozess immer wieder neu einpendeln. Historische Kontinuität entsteht vor allem dadurch, dass die Möglichkeiten alternativer Entwicklungen systematisch blockiert werden, dass „durch ganz bestimmte Entwicklungen einige historische Entwicklungen ausgeschlossen“ werden (Gerstenberger 1990: 33).

„Europa ist ein einziger Friedhof von betrogenen, verratenen und abgemordeten Hoffnungen.“ In dieser Notiz von Peter Weiss (1982: 851f.) kommt nicht nur das Scheitern des „Projekts Europa“ als föderale Friedensinitiative der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Ausdruck; Hoffnungen auf alternative Entwicklungen in Europa zerstoßen immer wieder auch an den in die Hierarchie der europäischen Arbeitsteilung eingewobenen Restriktionen, an deren Existenz der zum Modell erhobene deutsche Kapitalismus keinen unbedeutenden Einfluss hatte. Allerdings tritt in der Hülle dessen, was vom einstigen „Modell Deutschland“ noch besteht, inzwischen deutlich ein Zwangscharakter in den Vordergrund. Stabilisierung seiner Entwicklung und Abmordung anderer Entwicklungsmöglichkeiten erfolgen immer weniger kompromissgestützt; sie werden vor allem als Durchsetzung ökonomischer Zwänge exekutiert. Ausgehend von einer Rekonstruktion zentraler Punkte kritischer Gesellschaftsformationsanalyse skizziere ich die Phasen der Zersetzung politökonomischer Grundlagen des „Modells“, um abschließend die Frage nach seiner wirklichen Zukunft aufzuwerfen.

2. Gesellschaftsformationsanalyse

In der Geschichte verstricken sich immer wieder innergesellschaftliche und internationale Strukturen und Prozesse zu einem unentwirrbaren Herrschaftsgefüge. Gilbert Ziebura hat diese Erkenntnis früh als Problem eines Verhältnisses von „Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit“ thematisiert, als Frage von gesellschafts-durchdringendem Strukturen der Weltökonomie und politischen Spielräumen. In Anlehnung an François Perroux sieht Ziebura schon den Weltmarkt, den Ort der Verflechtung, als ein „Kampffeld ungleicher Gruppen und Staaten, auf dem der Stärkere dem Schwächeren sein Gesetz auferlegt“ (Ziebura 1973: 297). Auch in der mit der Internationalisierung des Kapitals vielbeschworenen weltwirtschaftlichen Interdependenz verortet er „neue Abhängigkeitsverhältnisse und Disparitäten“ (ebd.), die die Handlungsspielräume und -chancen von Staaten und sozialen Klassen noch mal ungleich verteilen. Er spricht von „heimtückischen Nackenschlägen der ‚Interdependenz‘, etwa in seiner Analyse der Handlungsspielräume verschiedener Kräfte in der französischen Gesellschaftsformation (Ziebura 1988: 19). Und für den noch von der Konjunktur des Eurokommunismus getragenen „Sozialismus à la méditerranéenne“ diagnostizierte Ziebura ein „Lehrstück“ darüber, wie sich „Sozialisten zuerst in Sozialdemokraten ver-

wandeln“ und schließlich der „Handlungsspielraum für die Durchsetzung einer alternativen sozialistischen Krisenüberwindungsstrategie so gut wie auf Null geschrumpft“ wird (Ziebura 1983: 10).

Solche Verhältnisse, in denen der Weltmarkt die Herrschaftsbeziehungen in den Gesellschaften verändert, hat Elmar Altvater (1987: 87) als „Sachzwang Weltmarkt“ bezeichnet – als das erklärungsbedürftige Phänomen, „wie exogene Faktoren endogenisiert werden bzw. wie die artikulierte Konfiguration von ökonomischen Entwicklungstendenzen des Weltmarkts, von politischen Interventionen zur hegemonialen Blockbildung [und] dem sozialen Handeln der Akteure“ zustande kommt. In der als „Grüne Bibel“ (Ziebura 2009: 256) bezeichneten „Forschungsstrategie“ zur Gründung eines Sonderforschungsbereichs an der FU Berlin wurden als treibende Kräfte historischer Veränderung (und momentaner Konsekration neuer Herrschaftsverhältnisse) „transnationale Herrschaftssynthesen“ identifiziert – je „relativ stabile Konfiguration von Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen einschließlich der Mechanismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen“ (Ziebura et al. 1974: 27). In einem Forschungsprojekt an der Universität Konstanz seit Mitte der 1970er Jahre kamen Ziebura und seine Mitarbeiter zu dem Ergebnis, dass die zu beobachtende „Verschärfung der innergesellschaftlichen Krisen infolge des Internationalisierungsprozesses zur Auflösung und Neuformierung von Klassenbündnissen“ tendiert, die es vertieft zu untersuchen gilt (Deubner et al. 1979: 258). Für Ziebura ist es immer wieder dieser „Sachzwang Weltmarkt“, der auch als „ideologischer Kitt“ fungiert, mit dem ein gerade herrschender Block an der Macht entweder zusammengeschweißt oder ausgehebelt wird.

Theoretisch-begrifflich hat Ziebura mit dem Konzept der Gesellschaftsformationsanalyse versucht, zwei Fehlinterpretationen geschichtlicher Entwicklung entgegenzuwirken: zum einen einem ökonomistischen Determinismus, für den die Geschichte das Ergebnis von allgemeinen – mit Marx: „hinter dem Rücken der handelnden Akteure“ sich durchsetzender – Strukturen ist; zum anderen einer politizistisch-institutionalistischen Verblendung, die verkennt, dass auch die politischen Auseinandersetzungen und geronnenen Verfassungen in jeder Epoche durch die je strukturellen Rahmenbedingungen einer „vorherrschenden Produktionsweise“ in gewisser Weise formatiert und „auf Kurs“ gebracht werden:

„Der im Begriff der Gesellschaftsformation zusammengefasste gesamtgesellschaftliche Ansatz zielt [...] darauf ab, sowohl eine den Blick verengende strukturalistisch-deterministische, wie eine an der Oberfläche der Phänomene verharrende positivistische Betrachtungsweise zu überwinden. Die in einer Gesellschaftsformation vorherrschenden Widersprüche als treibende Kraft ihrer Entwicklung werden in dem durchaus variierenden Zusammenspiel der verschiedenen 'Instanzen', vornehmlich aber auf der Ebene der sozialen Verhältnisse als der entscheidenden Vermittlungsebene zwischen Ökonomie und Politik gesucht.“ (Ziebura 1979: 22)

Vor diesem Hintergrund wird der Zweifel verständlich, den Zieburas gegenüber theoretischen Konzeption *des* Staates hegt, etwa wenn er schreibt, dass es keinem Staat gelingt „mitsamt seinem Gewaltmonopol und allen seinen Machtmitteln“ eine Gesellschaft „dauerhaft zu kontrollieren, zu regulieren und damit zu stabilisieren“ (Zieburas 1989: 432). Mit dem Wandel struktureller Entwicklungsvoraussetzungen geraten auch scheinbar herrschaftlich festgezurte Verhältnisse ins Wanken. Etwa der „keynesianische Staat“ (vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1981). Zieburas (1996: 86) zeigt am Beispiel der sich in den 1990er Jahren herausbildenden globalen Produktionsweise eindringlich, wie mit diesem Wandel politische Machtwechsel nur noch „innerhalb der neoliberalen Herrschaftssynthese“ stattfinden.

Die theoretische Aufgabe der Durchdringung der „Frage nach der Dialektik von strukturellen Bedingungen und konkretem [...] politischen Entscheidungsprozess“ (Zieburas 1990: 90) hat Zieburas (1984) in seiner historischen Untersuchung des Zusammenhangs von Weltökonomie und Weltpolitik in den 1920er und 30er Jahren empirisch als Frage, wie sich der „Trend zur Politisierung der Ökonomie“ (16) durchsetzen konnte, bearbeitet. Er zeigt empirisch, warum die „große Krise“ des Kapitalismus infolge der sich durchsetzenden fordistischen Produktionsweise nicht in allen Industrieländern zu den gleichen Verschiebungen innerhalb des Machtblocks führte, dass die Deflations- und Stabilisierungspolitik der frühen 1930er Jahre nicht nur das Terrain für faschistische Rüstungsoffensiven, sondern auch für „alternative Krisenüberwindungsstrategien (Roosevelts ‘New Deal’; Volksfront in Frankreich)“ ebnete, „mit welchem Erfolg auch immer. Oder, wie in England, die Konservativen trennten sich von lieb gewordenen Vorstellungen (Pfund-Abwertung)“ (182).

„Schließlich siegt immer die ökonom. Notwendigkeit“, vermerkte Peter Weiss (1981: 614) in seinen *Notizbüchern 1971-1980*. Er lenkte somit den Blick auf jene, dem Krisenkapitalismus der 1970er Jahre eigene Kraft, reformistische Alternativen – wie die in Schweden – gründlich sich einzuverleiben. Zieburas sah in der BRD der 1980er Jahre das Scheitern der Demokratien vor allem dadurch bewirkt, dass Kapitalfraktionen in der „Durchsetzung ihrer Profitinteressen [...] selbst bescheidene Ansätze einer reformistischen Politik zu Fall bringen“ (Zieburas 1984a). Aber wie geschieht das eigentlich? In der Perspektive der „Konstanzer Schule“ kann erst „die Bestimmung vorherrschender hegemonialer Akkumulations- und dominierender Regulierungsweisen im historischen Kontext und in dynamischer Perspektive“ es erlauben, „einen systematischen Rahmen für eine angemessene Realanalyse der strukturellen und prozessualen, institutionellen und prozeduralen Veränderungen“ zu entwickeln (Schlupp 1992: 364).

In Anknüpfung an das Konzept der „transnationalen Herrschaftssynthese“ spreche ich im Folgenden von *Handlungskorridoren* in der politischen Ökonomie

des Kapitalismus, die gerade in Krisenprozessen immer neu erforscht werden müssen – auch weil sich historische Alternativen immer wieder angesichts einer kapitalistischen Realität blamieren, in der restaurative Kräfte die Fähigkeit besitzen, schon „am Beginn einer zweifellos noch stürmischen Entfaltung, irreversible Fakten für die künftige Entwicklung der kapitalistischen Weltökonomie zu setzen“ (Zieburg 1996: 95).

3. Die politische Ökonomie des „Modell Deutschland“ – Zum Wandel eines Herrschaftsprojekts

Schon die Entstehung des „Modell Deutschland“ verdankte sich keinem politischen Konstitutionsakt, sondern war einer spezifischen Form kapitalistischer Vergesellschaftung geschuldet, die unmittelbar auf die industriellen Spezialisierungsprofile und damit auf die Stellung des bundesdeutschen Produktionsapparates in der Hierarchie der Weltarbeitsteilung aufbaute. Die industriellen Profile waren das Ergebnis einer bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden „nachholenden Industrialisierung“, die sich vor allem im Bereich moderner Industrien (Elektrotechnik, Chemie) vollzog. Zu den Spezifika dieser Entwicklung gehörte zum einen, dass sich der Anteil der Investitionsgüter an den Ausfuhren beständig erhöhte, zum anderen, dass sich die Absatzmärkte zunehmend auf die entwickelten europäischen Gesellschaften konzentrierten. Daran hat sich auch im Rahmen der kapitalistischen Rekonstruktion Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg kaum etwas geändert, wenn auch der vorrangig mittelständische Werkzeugmaschinenbau hinzukam (Deubner/Rehfeldt/Schlupp 1981). Aufgrund unterschiedlicher industrieller Spezialisierungs- und Ausfuhrprofile in der internationalen Arbeitsteilung entstehen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse, die sich als „sektorale Hierarchien ungleich ‘kohärenter’ nationaler Akkumulationsstrukturen“ erweisen, „wobei jene nationalen Produktionsapparate an der Spitze der internationalen Stufenleiter kapitalistischer Arbeitsteilung und Entwicklung stehen, deren sektorale Spezialisierung insbesondere auf die Produktion von Produktionsmitteln [...], über komplexe [...] Produktions- und Produkt-‘ketten’ vermittelt, einen hohen Grad an (inter-)‘sektoraler Kohärenz‘“ begünstigen (Schlupp 1979: 17). Genau dies traf auf die Produktionsstruktur der BRD zu.

Der in den USA bereits in den 1920er Jahren schmetternde „fordistische Fanfarenstoß“ (Antonio Gramsci) entfaltete sich in der Nachkriegszeit zu einer „hegemonialen Produktions- und Tauschnorm“ (Aglietta 1979), die über die Konkurrenzgesetze des Weltmarktes den Übergang zur Dominanz relativer Mehrwertproduktion und zur fordistischen Industrialisierung aller entwickelten

kapitalistischen Gesellschaften erzwang. Die dafür notwendigen Investitionsgüter konnten aus der bundesdeutschen Produktion bezogen werden. Im Rahmen des Bretton-Woods-Systems wurden – falls nötig – Kredite zur Verfügung gestellt, die die je nationale Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten nicht gefährdeten. Diese fordistische Integration der dominierenden Investitionsgüterindustrien der BRD in den Weltmarkt erwies sich als *das* eigentliche Basisinstitut einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsweise, die vielen immer noch als „Wirtschaftswunder“ gilt.

Inneregesellschaftlich basierte die strukturelle Weltmarkt-, besser: Westeuropadominanz der BRD auf zunächst niedrigen Löhnen und dem Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte. Die nach den Niederlagen im Prozess kapitalistischer Rekonstruktion und im Konflikt um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 geschwächte Gewerkschaftsbewegung konzentrierte sich auf die Organisation von Klassenkompromissen in den Kernsektoren des Exportmodells – gleichzeitig ihre organisatorischen Hochburgen. Unfreiwillig leistete sie damit der Unterordnung der Binnensektoren unter die Reproduktionserfordernisse der Exportindustrien Vorschub, die zu einem weiteren Charakteristikum des „Modell Deutschland“ wurde. Der politische Tausch des fordistischen Klassenkompromisses (Lohnsteigerungen im Rahmen der Produktivitätsfortschritte vs. Aufgabe der Forderungen nach kollektivem Eigentum an den Produktionsmitteln) spülte die Gewerkschaften in die Rolle von „intermediären Organisationen“ (Müller-Jentsch 1982) und kanalisierte somit den Klassenkampf in politische Formen, die proletarische Klasseninteressen an Beschäftigungssicherung und Lohnsteigerung mit den Reproduktionsanforderungen der Kapitalakkumulation in der BRD zu veröhnen hatten.

Europapolitisch war diese Entwicklungsweise ebenfalls kompromissgestützt, wenn auch mit stark hierarchischem Grundton. Ziebura beispielsweise interpretierte die Bildung der Montanunion 1950 in der ersten Auflage seines Buches zu den deutsch-französischen Beziehungen seitens Frankreichs als Versuch, nicht nur „die Überlegenheit der westdeutschen Stahlindustrie“ aufzufangen, „sondern ins Positive zu wenden, indem die französischen Industriellen dadurch gezwungen würden, [...] die Industrialisierung und Modernisierung Frankreichs zu forcieren“ (1970: 55). In der überarbeiteten und aktualisierten Neuausgabe (1997: 85) ist die Interpretation skeptischer, konnte doch eine „erneute Dominanz der deutschen Industrie in Europa nicht verhindert werden“. Vielmehr erleichterte sie das deutsche „Wirtschaftswunder“ sowie den Aufbau einer Rüstungsindustrie im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung. Die „gemeinsame Expansion in der Konkurrenz“, so die Formulierung im *Monet-Memorandum* von 1950, bildete dennoch den Kern einer „transnationalen Herrschaftssynthese“ des westeuropäischen Fordismus, in der sich bundesdeutsche Exportinteressen und Moderni-

sierungsinteressen von Ländern wie Frankreich, die eine mittlere Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung einnahmen, bündeln konnten.

Die erste Nagelprobe dieses Entwicklungsmodells, das – wie viele glaubten – die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise hinter sich gelassen habe – entstand in der ökonomischen Krise 1966/67, die zur Triebkraft einer keynesianischen Konzertierung der Kräfte wurde. In der Konzertierten Aktion von Kapital, Gewerkschaften und Staat zur Krisenüberwindung wurde den Gewerkschaften eine moderate Lohnpolitik (Lohnsteigerungen deutlich unter dem Produktivitätswachstum bei möglichst langer Laufzeit der Tarifverträge) zugewiesen. In den legendären *Septemberstreiks* von 1969 folgte die Antwort der Belegschaften in Form „wilder“, autonomer Artikulation ihrer Interessen. Da Gewerkschaften auch als intermediäre Organisationen auf ihre betriebliche Organisationsmacht angewiesen sind (der Gewerkschaftsfunktionär und spätere Bundesminister Hans Matthöfer sprach in nahezu *gramscianischen* Worten von den Betrieben als den „Schützengräben“ jeder Gewerkschaftspolitik, auch wenn die glaubten, ihre Macht auf institutionellen Korporatismus stützen zu können), wurden zunehmend die Forderungen aus den Belegschaften von den gewerkschaftlichen Tarifkommissionen übernommen. Es kam Anfang der 1970er Jahre zu den höchsten Tarifabschlüssen in der Geschichte der BRD. Der Lohn-Produktivitäts-Kompromiss wurde ausgehebelt – auch weil sich die Produktivitätsreserven einer tayloristisch-fordistischen Rationalisierung erschöpft hatten. Verteilungskämpfe wurden erstmals zugunsten der abhängig Beschäftigten entschieden.

Militante Klassenauseinandersetzungen fanden zu dieser Zeit in ganz Westeuropa statt. Lohnsteigerungen wurden tatsächlich zum „Sturmvogel einer Krise“ (MEW 24: 410). Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 erwies sich als Profitkrise – im Unterschied zur Krise der 1930er Jahre, die infolge beginnender fordistischer Massenproduktion und fehlender effektiver Nachfrage vor allem eine Überproduktionskrise war. Das wieder aufblitzende Gespenst der Arbeitslosigkeit verhinderte, dass die Arbeiterproteste auf Dauer gestellt wurden. Im Gefolge der Krise wurden die korporatistischen Arrangements, einst Anlass des „labor unrest“ (Beverly Silver), noch verstärkt. In den Branchen und Regionen, die von der Krise am stärksten betroffen waren, entstanden Kartelle „zur erfolgreichen, d.h. sachadäquaten und sozialkonsensualen Bewältigung der Krisenfolgen“ (Esser/Fach/Väth 1983: 54). Die damals vor allem in der Montanindustrie „erfundenen“ und entwickelten Instrumente eines sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus (Frühverrentung, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften) finden – allerdings unter den Hartz-Reformen der Arbeitsmarktpolitik unter deutlich restriktiveren Bedingungen – tendenziell bis heute Anwendung.

Gewerkschaften (und starke Betriebsräte) wurden zu Garanten eines ohne soziale Revolten durchsetzbaren ökonomischen Strukturwandels. Mit der Offen-

sive zur „Humanisierung des Arbeitslebens“, zunächst wirtschaftsdemokratisch konnotiert, avancierten Gewerkschaften zum Bestandteil einer Strategie zur „Modernisierung der Volkswirtschaft“ (Hauff/Scharpf 1975), die die Sozialdemokratie zu einem Kernelement des „Modell Deutschland“ und ihrer Krisenüberwindungsstrategie erhob. Das aber hatte einschneidende, nicht-intendierte Folgen: Die verstärkte Verwandlung des Staates in eine ökonomische Modernisierungsagentur, die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen fördert und staatliche Interventionen zum Erhalt strukturschwacher Branchen eindampft, zersetzte die soziale Basis, die einst das „Modell Deutschland“ im Innern konstituierte. Zwar galt unausgesprochen das Ziel, „jenes Bündnis von Wachstumskapitalen und qualifizierter Arbeiterschaft“, das in der Konstitutionsphase des Modells hegemonial war, zu erneuern und zudem „als Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt“ auszunutzen (Hoffmann 1984: 415). Genau das Gegenteil aber passierte: das Abschmelzen traditioneller Sektoren der gewerkschaftlichen Organisationsmacht bewirkte auch eine Schwächung der Gewerkschaften und „löste die einst politisch fixierten Kompromisslinien zwischen Lohnarbeit und Kapital auf oder drängte sie zurück“ (ebd.).

War der politische Tausch des fordistischen Klassenkompromisses an einen beständigen Ausbau des (keynesianischen) Wohlfahrtsstaates gekoppelt, mit dem man dann auch „so langsam in den Sozialismus schlittern“ (Franz-Josef Degenhardt) konnte, stellte sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit dem „stagflationären Dilemma keynesianischer Politik“ ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel ein. Der Übergang der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt zur Austeritätspolitik (der als Opposition den bis heute aktiven Arbeitskreis „Alternative Wirtschaftspolitik“ hervorbrachte) muss als Zusammenwirken von strukturellen und politischen Faktoren begriffen werden: einer zugespitzten Anforderung des Kapitals an die Politik, die Bedingungen der Kapitalverwertung wieder zu verbessern, um damit aus der Profitkrise treten zu können, *und* von Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Im Gebot „Sparen und Herrschen“ schlug die „ökonomische Pression [...] in politische Formierung um“ (Esser/Fach 1983: 437).

Weltmarktkonkurrenzfähigkeit und Geldwertstabilität avancierten zu prioritären Politikzielen. Die ökonomischen Disparitäten zwischen Wachstumsbranchen und -regionen und solchen, die von Krisen gebeutelt waren, verschärften sich. Die „sektorale Kohärenz“ des Produktionsapparates begann bereits hier zu bröckeln. Lehnendorff (2011: 652) spricht inzwischen von einer „Demontage der traditionellen Architektur der deutschen Version von ‘pattern bargaining’, also des Geleitzugprinzips in Tarifverhandlungen“, in denen die führenden Exportindustrien den tarifpolitischen Marsch aller Branchen dirigierten. Würden die subordinierten Branchen zunächst abgehängt, erfolgte – nachdem auch in

den Leitbranchen der interessenpolitische Rückschritt Einzug hielt – das neue Andocken im Rückwärtsgang.

Das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit – in der ersten Welle der Weltwirtschaftskrise 1974/75 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über 1 Million, in der zweiten Welle 1980/82 über 2 Millionen – verschob den sich im Staat verdichtenden Klassenkompromiss. Er thematisierte die (männliche) Klasse der abhängig Beschäftigten weniger als „doppelt freie Lohnarbeiter“ und damit in ihrem Interesse an Beschäftigung und Lohn, sondern stärker als Geldbesitzer und damit in ihrem Interesse an der Sicherung ihrer Geldanlagen. Da Gewerkschaften nach wie vor inkorporiert blieben, markierte diese Verschiebung noch keinen Abschied vom Korporatismus, wohl aber eine Neukomposition seiner Selektionsmechanismen (vgl. Esser 1982: 257ff.).

Bröckelten im Innern der bundesdeutschen Gesellschaftsformation bereits die Fundamente, so wurden international mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems die Abrissbirnen aufgefahren. Basierte die strukturelle Dominanz der BRD-Ökonomie in der Nachkriegsordnung (auch) auf einer Unterbewertung der DM im vom Dollar dominierten Weltwährungssystem, sahen sich die Exportfraktionen des bundesdeutschen Kapitals nun mit einer massiven Aufwertung der DM konfrontiert, die die Exportmärkte gefährdete. Die Schmidt-Carter-Kontroverse 1978, die Dollarkrise 1978/79 und der daraus resultierende „Run aus dem Dollar“ drohten die Situation noch zu verschärfen. Mit der Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979 wurden die bundesdeutschen Exporte nach Westeuropa stabilisiert, indem die europäischen Währungen in einem System fester Wechselkurse aneinander gebunden wurden, so dass die Aufwertung der DM gebremst wurde. Gleichzeitig wurde die DM von einer Leitwährungsrolle durch Anbindung an die „schwachen“ europäischen Währungen ferngehalten. In Frankreich galt die Strategie der Abwertung des französischen Franc mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit als gescheitert. Im „Experiment Barre“ wurde 1978 erstmals der Übergang zu einer Stabilitätspolitik vollzogen. Mit einer Politik stabiler Wechselkurse sollte die importierte Inflation und die Verzögerung ökonomischer Modernisierung durch „künstliche“, durch Abwertung bedingte Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie gestoppt werden. Dem EWS fiel die Funktion zu, die außenwirtschaftlichen Bedingungen monetärer Stabilität durch Anbindung des Franc an die DM herzustellen und Modernisierungseffekte durch Mechanismen „durchschlagender“ Konkurrenz zu erzeugen.

Formal blieb die „deutsch-französische Achse“ des europäischen Integrationskompromisses auch im EWS-Deal zwischen Helmut Schmidt und Valérie Giscard d'Estaing intakt; aus den Bedingungen „gemeinsamer Expansion in der Konkurrenz“ wurde nun aber ein gewaltiger Hebel zur Neoliberalisierung

der westeuropäischen Gesellschaften. Er wurde über den festgeschriebenen Interventionsmodus durchgesetzt, der die politisch fixierten Paritäten der europäischen Währungen (bei geringen Schwankungsmargen) garantieren sollte. Die obligatorische Interventionspflicht der nationalen Notenbanken bei Kursabweichungen sah vor, dass die Notenbank der starken Währung die schwache Währung aufkauft, während die Notenbank der schwachen Währung dazu verpflichtet wurde, die Bestände der zur Aufwertung tendierenden Währung zu verkaufen. Durch diesen Interventionsmechanismus wurden eine Kontraktion der Zentralbankgeldmenge im Schwachwährungsland und eine Expansion im Hartwährungsland bewirkt. Dieser institutionalisierte Mechanismus *asymmetrischer Intervention* stellte sicher, dass die stabilste Währung im westeuropäischen Währungsverbund in die Position der Leitwährung gesetzt wurde und dem Nationalstaat mit der restriktivsten Politik die Funktion der wirtschaftspolitischen Führungsrolle zufiel.

Im Verlauf der 1980er Jahren wurden die strukturellen Ungleichgewichte in der europäischen Arbeitsteilung auf eine erste Spitze getrieben. Die Handelsbilanzüberschüsse der BRD gegenüber der Europäischen Gemeinschaft erreichten 1989 mit 94,2 Mrd. DM eine erste Rekordhöhe. Sie entstanden aufgrund realer Abwertungen der DM infolge der Festschreibung der nominalen Wechselkurse im EWS und vorhandener Inflationsdifferenzen in Europa, einem Wachstumsgefälle zugunsten der Schwachwährungsländer und akzentuierter industrieller Modernisierungsprozesse aller westeuropäischen Ökonomien durch das Binnenmarktprojekt 1985.

Die Wirkungsmacht dieser Mechanismen und Strukturen bekam bereits die im Mai 1981 gewählte Linksregierung aus Sozialisten und Kommunisten in Frankreich zu spüren. Das links-keynesianische Wirtschaftsprogramm konnte kaum ein Jahr aufrechterhalten werden. Das Diktat der Weltmarktgesetze und die Vorgaben des institutionalisierten Neoliberalismus in Gestalt des EWS setzten den Handlungskorridoren der französischen Regierung enge Grenzen. Das mit dem Anspruch auf einen langfristigen „Bruch mit dem Kapitalismus“, zumindest aber der „Rückeroberung des Binnenmarktes“ formulierte Programm der Linksregierung mutierte aufgrund kumulierender Handelsbilanzdefizite 1983 zu einem neoliberalen Stabilitätsprogramm. Das Verhältnis von Exportwerten zu Importwerten erreichte 1982 den schlechtesten Wert in der Geschichte Frankreichs. Die Defizite im europäischen Handel konnten selbst durch die Realignments im EWS und die Abwertung des französischen Francs gegenüber der DM nicht überwunden werden. 1983 erfolgte die Verordnung eines Lohn- und Preisstopps, die eine Phase der Reallohnverluste einleitete; ab 1985 wurde mit der Strategie der „*désinflation compétitive*“ – einer auf internationale Wettbewerbsfähigkeit zielenden Inflationsbekämpfung – eine konsequente Po-

litik nationaler Modernisierung eingeleitet, die die Priorität exportorientierter Stabilitätspolitik akzeptierte. Ziebura spricht 1984 davon, dass der „Sozialismus auf französische Art“ einem „Genscherismus auf höherem Niveau“ gewichen sei (*Vorwärts*, 26. Juli 1984) – auch weil die forcierte Modernisierung der Ökonomie und die angedrohten und tatsächlichen Massenentlassungen in den Autowerken oder der lothringischen Stahlindustrie die soziale Basis des Regierungsbündnisses unterminierten, insbesondere die der Kommunistischen Partei. Das Diktat der Zahlungsbilanz konnte im europäischen Integrationsprozess sein Zepher schwingen und beschleunigte den neoliberalen Umbau der Wirtschaftspolitik. Es entstand eine europäische „Stabilitätshalbanke“ (Thomasberger 1988: 25), die nun den unangefochtenen Kern der europäischen Herrschaftssynthese markierte.

Derweil wurden (nicht nur) durch die neokonservative „Wende“ 1982 massive Verschiebungen im Kräftegefüge der bundesdeutschen Gesellschaftsformation vorangetrieben. Im Unterschied zu den von Ronald Reagan in den USA und ‘Maggie’ Thatcher in Großbritannien exekutierten „neoliberalen Konterrevolutionen“ (Milton Friedman), die ihre Regierungsgeschäfte mit gewaltförmigen Angriffen auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ihrer Länder begannen, um sie als gesellschaftliche und politische Kraft schlicht zu eliminieren, dominierte in der BRD der Versuch, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften neu einzuhegen. Das gelang, weil sich der korporatistische Bezugsrahmen gewerkschaftlicher Politik nicht veränderte, während Staat und Kapital mit dem makroökonomischen Prioritätenwandel hin zu Weltmarktkonkurrenzfähigkeit und Geldwertstabilität Strategien „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ ins Leere laufen ließen. Konflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital wurden in wettbewerbskonforme Formen verwandelt. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche beendete quasi einen Kampfzyklus, in dem Gewerkschaften noch in die „Offensive“ gehen konnten. Nun regierte überall der interessenpolitische Rückschritt.

Ohne „autoritäre Regierungsintervention“ (Bruno Trentin) sollte aber auch in der BRD die Reorganisation der Grundlage kapitalistischer Akkumulation nicht auf die Sprünge zu helfen sein. „Die sanfte ‘Wende’ wird auf einmal aggressiv“ titelte Gilbert Ziebura im *Vorwärts* vom 21. Dezember 1985 angesichts Blümscher Reformen des Arbeitsförderungsgesetzes und bundesdeutscher Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm. Vor allem die Novelle des sog. Streikparagraphen 116 AFG sollte der Schlüssel für die Durchsetzung eines Produktionsmodells sein, das über *Outsourcing*, *Lean production* und *Just-in-time*-Beziehungen zwischen Endherstellern und Zulieferern Wettbewerbsvorteile erheischen wollte. Dem stand jedoch die sog. „Minimax-Strategie“ der IG Metall entgegen: auf Kosten der gewerkschaftlichen Streikkasse einen kleinen Zulieferer zu bestreiken, um so mit dem Lahmlegen der Produktion beim Endhersteller, dessen Beschäftigte bei Produktionsausfall bislang aus den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit

finanziert wurden, maximale Folgen zu erzielen. Die Neufassung der Regelung im heutigen § 146 SGB 3 entzogen einer solchen Gewerkschaftsstrategie die Grundlagen – sie hätte die Streikkasse überlastet. Die hochgradig störanfällige nachfordistische Produktion wurde so durch die Einschränkung des Streikrechts ermöglicht. Ziebura interpretierte diese Neufassung des Streikrechts als „Rache für die Streiks von 1984“. Der Glanz des „Modell Deutschland“ wurde so langsam richtig stumpf.

Die Implosion des real existierenden Sozialismus 1989 schien dem „Modell Deutschland“ jedoch neuen Glanz zu verleihen. Ohne größeren Widerstand konnte nicht nur die bundesdeutsche Verfassung als ‚Maßstab für Demokratie‘ dem Territorium der DDR übergestülpt werden; das im „Modell Deutschland“ entfaltete System der industriellen Beziehungen, die betriebliche und tarifpolitische Mitbestimmung, deren Gütesiegel schon länger nicht mehr in ihrem wirtschaftsdemokratischem Anspruch, sondern im „Wettbewerbsvorteil“ erschien, wurde gleich mit exportiert. Mit eher bescheidenen Ergebnissen: Die „blinden Flecken“, mitbestimmungsfreie Zonen der Wirtschaft, sind bis heute in Ostdeutschland größer als in den alten Bundesländern. Auch der betriebliche Deckungsgrad des Flächentarifvertragssystems konnte nicht annähernd das altbundesdeutsche Niveau erreichen. Nachdem auch die Sonne der 35-Stundenwoche im Osten nicht aufgehen wollte und die IG Metall nach sieben Wochen ihren Kampf im Sommer 2003 abbrach, war das eine historische Niederlage. Die sich sukzessive mit der Gründung der II. Internationale (1889) durchsetzende Arbeitsteilung zwischen (Betriebs-)Räten, Gewerkschaften und (sozialistischen bzw. sozialdemokratischen) Parteien in der institutionellen Arbeiterbewegung wurde zersetzt. Von nun an war die in ostdeutschen Betrieben herrschende Realität einer Abweichung vom Flächentarifvertrag nach unten die Norm und sollte zum „Modell“ eines flexibilisierten Tarifsystems im gesamten Bundesgebiet werden. Auch in den Arbeitsbeziehungen gelang es also nicht, den Anpassungsprozess nur den neuen Bundesländern aufzubürden. Der Vereinigungsmodus bewirkte eine gesamtgesellschaftliche Zäsur, die solange unbewältigt bleiben musste, wie an einem Entwicklungsmodell festgehalten wurde, dessen Fundamente inzwischen unterspült waren (vgl. Bonder/Röttger/Ziebura 1992).

Der von der rot-grünen Bundesregierung vollstreckte Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik beendete auch formal die „strategischen Beziehungen“ von Gewerkschaften und Staat. Mit der Hartz-Gesetzgebung war das „Dasein“ der „doppelt freien Lohnarbeit“ – um mit Peter Rühmkorf zu sprechen – noch weniger „unterkellert“. Der Zugriff auf die lebendige Arbeit konnte intensiviert werden. Die Herrlichkeit intermediärer Gewerkschaftspolitik war verdampft; der gesellschaftliche Korporatismus starker Gewerkschaften war zum betrieblichen Wettbewerbskorporatismus verkommen. Als treibende Kraft dieser arbeits- und

tarifpolitischen Umwälzung sollte sich eine im Prozess kapitalistischer Globalisierung bewirkte Veränderung der Stellung des deutschen Kapitalismus in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung erweisen. Infolge von steigenden Direktinvestitionen und der Schaffung transnationaler Wertschöpfungsketten innerhalb global agierender Konzerne oder um Warengruppen hinkten ausländische Tochterunternehmen in der Produktivität nicht mehr ihren Müttern hinterher oder belieferten nur den sonst nicht erreichbaren Binnenmarkt. Oft waren die neuen Tochterfirmen sogar produktiver und wurden von den Konzernleitungen eingesetzt, um Tarife und Arbeitsbedingungen in den Stammwerken unter Druck zu setzen. Mit dieser globalen Produktionsweise des Kapitalismus verschwand eine Voraussetzung, auf der sich Gesellschaft und Politik des „Modell Deutschland“ (auch) gründeten: die Realisierung von Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprüngen durch Produktivität.

Kapital und bürgerlicher Staat versuchten nun auf anderen Wegen, den deutschen „Standort“ für den Weltmarkt ‘fit zu machen’. Die Regulation der lebendigen Arbeit wurde zum Objekt des neu entfesselten „Heißhungers nach Mehrarbeit“ (MEW 23: 249). Wie ließen sich Tarife schleifen oder unterwandern, um den Menschen weitere unbezahlte Mehrarbeit abzupressen? Die Gesetze der Produktion des absoluten Mehrwerts regierten. Der Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zu „freier Menschenverwüstung“ (ebd.: 499), die bei Marx noch zur Kraft wurde, das Kapital an „die Kette gesetzlicher Regulation“ (ebd.: 258) zu legen, wurde in der BRD vom Staat erst wieder durch die Förderung eines Niedriglohnsektor und prekärer Beschäftigungsverhältnisse zum Durchbruch verholfen. Wie gründlich sich die Kapital- und Staatsverhältnisse wandelten, zeigt auch die „finanzkapitalistische Landnahme“ (Dörre 2009), mit der auch der deutsche Kapitalismus durch Privatisierung vormals öffentlicher Güter, Deregulierung makroökonomischer Bedingungen der Kapitalakkumulation oder Aushöhlung bestehender Regulationen gesellschaftlicher Arbeit einen neuen Zenit der Gewinnmaximierung erklimmen konnte. *En passant* wurde dabei auch die enge Verzahnung von Industrie- und Finanzkapital als weiteres Strukturmerkmal des einstigen „Modell Deutschland“ erledigt – zwar nicht für Großkonzerne wie Siemens oder Porsche mit ihren allein am Finanzmarkt operierenden Investmentabteilungen, sondern für mittelständische Unternehmen und ihr Verhältnis zu den „Hausbanken“.

Kontinuität konnte von nun an nur noch die Außenperformance suggerieren. Zum einen war mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung 1999 die dem „Modell Deutschland“ immanente Priorität monetärer Stabilisierung europäisiert. Die Übertragung des „Modell Tietmeyer“ (Pierre Bourdieu) auf die Statuten der Europäischen Zentralbank rief kaum noch Proteste hervor. Die europäische Stabilitätshalanx konnte als noch gesicherte Festung erscheinen.

Zum anderen kumulierten seit der Einführung des Euro die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone: auf der einen Seite verschuldeten sich die Defizitökonomien, auf der anderen triumphierten Leistungsbilanzüberschussökonomien wie die BRD, die später milliardenschwere Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme schnüren konnten. Die Leistungsbilanzüberschüsse der BRD gegenüber den Ländern des EURO-Raums von 1989 erscheinen gegenüber den über 100 Mrd. Euro 2007 nahezu als „Peanuts“. Entstanden sind die neuen Überschüsse durch die im „Modell Deutschland“ gründlich verschobenen politischen Macht- und sozioökonomischen Verteilungsrelationen. Zwischen 2000 und 2011 sanken die Reallöhne in Deutschland um 4,5%, während sie in den europäischen Staaten sonst stiegen (Spanien: 7,5%; Frankreich: 8,6%; Portugal: 9,4%; Griechenland: 16%). Gepaart mit Inflationsraten, die weit geringer waren als in den meisten Ländern der Euro-Zone, hatte sich die *preisliche* Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich verbessert; die Ungleichgewichte resultieren kaum mehr aus einer überlegenden Produktivität. Die neue deutsche Dominanz ist vor allem einem Akkumulationsmodell geschuldet, dass auf rigider werdenden Formen des Abpressens von Mehrarbeit aufbaut.

Das bis heute hilflose Gestrampel um adäquate „Rettungsschirme“ für die europäischen Defizit- und Verschuldungsökonomien speist sich aus dem Humus restaurativer Krisenbewältigung derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die durch die Krise historisch de-legitimiert schienen und – komme, was da wolle – am tradierten Entwicklungsmodell festhalten. Für sie gilt die Krise als überwunden, wenn der Zustand vor der Krise wiederhergestellt ist. In ihr zeigt sich nicht nur eine dominante Interessenkoalitionen der Gläubiger in Europa, ihr Geldvermögen in der Krise zu retten oder durch die in der Krisenregulation erzeugten Instrumente selbst zu vermehren. Diese versammelte Restauration bedient sich inzwischen als „postdemokratisch“ bezeichneten politischen Exekutiven sanktionierter Durchsetzung eines Austeritätsregimes in Europa; jede demokratische Interessenorganisation wird ihr zur Gefahr und unterdrückt – etwa das in Griechenland angekündigte Referendum zur Sparpolitik. In der durchaus widersprüchlichen Konstitution europäischer Krisenregulation (vgl. Bieling 2011: 64ff.), in der zwar mit der Institutionalisierung der *European Financial Stability Facility* (EFSF) ein potenzieller Inkubator für eine europäische Strukturreform entstand, jedoch austeritätspolitisch insbesondere von der aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds gebildeten Troika überformt ist, bleiben die Handlungskorridore für eine Politik jenseits finanzmarktgetriebener Disziplinierung deutlich limitiert. Mehr noch: die europäische Krisenkonstitution unterminiert durch konditionierte Kreditvergabe jede Handlungsfähigkeit nicht-genehmer nationaler Regierungen und ebnet jenen Kräften den Weg zur Macht, die sich der dominierenden transnationalen Herrschaft unterordnen.

Vor allem aber desavouiert das hilflose Gestrampel die Strukturdefekte eines Integrationsmodus in Europa, der vor allem darauf zielt, die Stellung der europäischen Ökonomie und mit ihr das Akkumulationsmodell der deutschen Wirtschaft im Weltmarktkonzert zu verbessern. Wer den Weg zur 'ersten Geige' stört, muss bestraft, notfalls aus der Orchestrierung eliminiert werden. Gilbert Ziebura hat in den 1990er Jahren, als bereits über differenzierte Integrationsgeschwindigkeiten Europas debattiert wurde, in aller Klarheit hervorgehoben, dass es nicht um „Transfer von Kapital“ gehe, wenn die Ungleichgewichte und Machtasymmetrien in Europa abgebaut werden sollen, sondern um die „Grundlegung gesamteuropäischer arbeitsteiliger Strukturen, die ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten geradezu ausschließt.“ (Ziebura 1994: 1104). Nichts deutet bis heute darauf hin, dass ein solches Projekt im Entstehen begriffen ist. Im Gegenteil: der herrschende Block wurschtelt sich von einer Krise zur nächsten, hat also seine Macht eingebüßt, die Krise zu überwinden, hat aber noch die Macht, zu verhindern, dass sich eine alternative Krisenüberwindung durchsetzt. Eine solche Konfiguration notierte schon Antonio Gramsci für die Krise der 1930er Jahre.

4. Ausblick: Krisenüberwindungsstrategien jenseits kapitalistischer Kontinuität?

Eine „große Krise“ des Kapitalismus, das hat Ziebura empirisch am Beispiel der 1930er Jahre gezeigt, erfordert zwar den Umbau seiner politischen Regulation; dieser Umbau darf aber nicht verwechselt werden mit einem Umbruch gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Rückkehr eines systemerhaltenden Staatsinterventionismus, der auch vor Verstaatlichungen nicht Halt macht oder von Ansätzen antizyklischer keynesianischer Konjunkturpolitik zum einen, das Überbordwerfen tradierter Politikmuster der Zentralbank zum anderen, die Staatsanleihen aufkauft oder die Banken mit „billigem Geld“ versorgt und sich somit vom alleinigen Ziel der Geldwertstabilität verabschiedet, deuten darauf hin, dass die jüngste ökonomische Krise des Kapitalismus tatsächlich als eine „große Krise“ prozessiert, dass kapitalistische Reproduktion eine neue politische Konstitution des Marktes bereits erzwungen hat. Von einer dadurch bewirkten neuen Machtarchitektur kann aber keine Rede sein. Ein Mythos war es zu glauben, der neue Staatsinterventionismus rehabilitiere quasi automatisch institutionelle Gewerkschaftsmacht. Die im „Krisenkorporatismus“ angestiegene Lohnquote sackte nach dem Anfachen der Exportkonjunktur wieder drastisch ab; die Zahl der Leiharbeiter liegt inzwischen über der Zahl vor der Krise. Ein Mythos auch zu glauben, mit der tripartitistischen Krisenregulation habe das „Modell Deutschland“, verbeult und verbogen, fröhliche Urständ feiern können. Zwar war mal

wieder in Krisenzeiten, um Eruptionen, Einschnitte und Brüche zu vermeiden, ein auffälliges „Gedränge in der Mitte“ (Zieburg 1990: 314) zu verzeichnen. Kurt Hübner (2011: 646) hat dieses Gedränge jüngst als spezifischen „lock-in-Zustand“ des „Modell Deutschland“ beschrieben: „Die ökonomischen Praktiken generieren ein Verhaltensmuster der Akteure, das auch im Falle akuter Krisenlagen das Heil in Verbesserungen des eingeschlagenen Entwicklungsweges sucht.“

Von „Verbesserungen“ kann jedoch, betrachtet man es soziologisch, besser herrschaftstheoretisch, nicht die Rede sein, jedenfalls nicht in einer klassengespaltenen Gesellschaft. Tatsächlich bewegt sich die scheinbare Renaissance des „Modell Deutschland“ in einer eigentümlichen Dialektik aus verwalteten Kontinuitätsanforderungen und praktizierter Selbstunterminierung; innereuropäisch erfordert die Kontinuität des Entwicklungspfades ein Festhalten am Konstrukt der Stabilitätshalbanax, deren oktroyierte Austerität aber die Krise in den Anpassungsländern verschärft. In der Folge ist die Reproduktion des „Modell Deutschland“ stärker denn je von außereuropäischer Nachfrage – vor allem in den aufstrebenden BRIC-Staaten – abhängig. Genau in diesen expandierenden Schwellenländern aber erwächst der deutschen Exportwirtschaft mit erfolgreicher Modernisierung, die für die Nachfrage unabdingbar ist, neue Konkurrenz. Aus einer Verknüpfung regressiver Entwicklung nach innen, die den Druck auf soziale Standards erhöht, und der Reproduktion von „Stärke nach außen“ gibt es kein Entrinnen mehr. Neue Krisen zeichnen sich ab.

Noch immer „Modell Deutschland“ also? Sein Wandel als Gesellschaftsformation lässt daran gehörige Zweifel aufkommen. Zugespitzt ließe sich formulieren, dass vielmehr das politische Bestreben, seine ökonomischen Grundlagen zu reproduzieren, seine sozialen Grundlagen zersetzt. Die Fähigkeit zur Krisenüberwindung hat der Machtblock des „Modell Deutschland“ eingebüßt. Seine anhaltende Macht gründet sich auf seiner verbliebenen Fähigkeit, Alternativen zu unterdrücken. Hier setzt die kapitalismustheoretische Kritik an, dort, wo „die Organisation der Produktionssphäre jene formellen und inhaltlichen Restriktionen erzeugt, die sowohl den Spielraum einer Politik der Erhaltung des Status quo im ‚juste milieu‘ begrenzen als auch systemüberwindende Transformationsstrategien parlamentarischer Observanz dem Umfang und der Zielsetzung nach strikt limitieren“ (Massing 1974: 124), so dass der „systemimmanent gesetzte ‚Plafond‘ der Möglichkeiten von Alternativen“ (127) sehr überschaubar bleibt. Im Fall des „Modell Deutschland“ wurde systematisch der Handlungsspielraum gewerkschaftlicher Alternativen limitiert, ihre Politik für die Stabilisierung exportgetriebener Akkumulation kompatibel gemacht.

Schon die Herausbildung von Pfaden politökonomischer Entwicklung muss als komplexer Prozess gedacht werden. Erst recht dann Strategien, die auf einen Pfadwechsel zielen. Die komplexe Analyse historisch-konkreter Gesellschafts-

formationen, wie sie der Ansatz von Ziebura zu Weltmarktmacht und Handlungsspielräumen möglich macht, bewahrt vor zwei Tendenzen, die linker Kritik immer immanent sind: der Tendenz zu optimistischer Verblendung, weil Krisen des Kapitalismus doch nicht zwingend vorherrschende Entwicklungsmuster, die die Krise verursacht haben, in Frage stellen, und der Tendenz zu pessimistischer Verdüsterung. Wenn nämlich schon immer die „ökon. Notwendigkeit“ (Peter Weiss) den Sieger spielen muss, was passiert eigentlich dann, wenn die objektiven Bedingungen ökonomischer Krisenüberwindung eine Regulation des Kapitalismus erzwingen, die einen Bruch mit den Regulationsmodi des „Modell Deutschland“ voraussetzt? Vielleicht haben seine Todesglocken längst geläutet und irgendwann kann der Geruch der Verwesung auch nicht mehr hinter dem Kontinuitätsgelaber camouffiert werden...

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik, in: *Deubner et al. (1979)*, 70-124.
- Altwater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*, Hamburg.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik*, H. 61, 61-70.
- Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert (1992): *Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen*, Opladen.
- Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran (1981): *Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung“ der Gesellschaft*, Hamburg.
- Deubner, Christian et al. (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt/M.
- Deubner, Christian/Rehfeldt, Udo/Schlupp, Frieder (1981): Die Internationalisierung der westdeutschen Wirtschaft: Das „Modell Deutschland“ in der Weltmarktkonkurrenz, in: Robert Bosch Stiftung GmbH (Hg.): *Deutschland-Frankreich. Bausteine zum Systemvergleich*. Bd. 2: Wirtschaft und soziale Beziehungen, Gerlingen, 17-80.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders./Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt/M., 21-86.
- Esser, Josef (1982): *Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen*, Frankfurt/M.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang (1983): Sparen und Herrschen. Über den Zusammenhang von fiskalischer Knappheit und autoritärer Politik, in: Hans-Hermann Hartwich (Hg.): *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen, 433-446.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang/Väth, Werner (1983): *Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge*, Frankfurt/M.
- Gerstenberger, Heide (1990): *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster.
- Hauß, Volker/Scharpf, Fritz W. (1975): *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt a.M. et al.

- Hoffmann, Jürgen (1984): Modernisierungspolitik als arbeitspolitische Arena – Überlegungen zu ambivalenten Funktionen eines neuen Politiktypus, in: Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (Hg.): *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit*, Opladen, 408-427.
- Hübner, Kurt (2011): Regimewechsel – Nach dem Finanzmarktkapitalismus, in: *WSI-Mitteilungen*, H. 12, 640-649.
- Lehndorff, Steffen (2011): Deutschland in der europäischen Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems?, in: *WSI-Mitteilungen*, H.12, 650-658.
- Massing, Otwin (1974): *Politische Soziologie. Paradigmata einer kritischen Politikwissenschaft*, Frankfurt/M.
- Müller-Jentsch, Walter (1982): Gewerkschaften als intermediäre Organisationen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Sonderheft 24, 408-433.
- Schlupp, Frieder (1979): Internationalisierung und Krise – das „Modell Deutschland“ im metropolitanen Kapitalismus, in: *Leviathan*, H. 1, 12-35.
- (1992): Aufbruch in eine neue Weltordnung? Paradigmatische und realanalytische Anmerkungen zur liberalen „Universalisierungs- und Institutionalisierungs“-Konzeption, in: *Jenseits der Bipolarität: Aufbruch in eine „Neue Weltordnung“*, *Loccumer-Protokolle* 9, 359-375.
- Thomasberger, Claus (1988): *Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa. – Konsequenzen für die Beschäftigung*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, FS I 88-21.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Niedergang oder Comeback der Gewerkschaften? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13-14, 3-7.
- Weiss, Peter (1981): *Notizbücher 1971-1980*; Frankfurt/M.
- (1982): *Notizbücher 1960-1971*; Frankfurt/M.
- Ziebur, Gilbert (1970 [1997]): *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen [Überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Stuttgart].
- (1973): Zusammenfassung: Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit, in: *Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme*. Schriften des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik, Bd. 33, München, 293-311.
- (1979): *Frankreich 1789-1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation*, Frankfurt/M.
- (1983): Ein „Sozialismus á la méditerranéenne“?, in: *links. Sozialistische Zeitung*, Juli/August, 10-11.
- (1984): *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch*, Frankfurt/M.
- (1984a): *Modergeruch über der Republik*, in: Vorwärts, 27. Oktober 1984
- (1988): Frankreich 1988: ein prekärer Schwebzustand, in: *Frankreich-Jahrbuch* 1988, Opladen, 13-29.
- (1989): Der Staat – das unbekannte Wesen, in: *Leviathan*, H. 3, 432-443.
- (1990): Die Rolle der Sozialwissenschaften in der westdeutschen Historiographie der internationalen Beziehungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 16, 79-103.
- (1990): Canossa-Gang nach Oggersheim oder das Ende der Opposition, in: *Leviathan*, H.3, 309-316.
- (1994): Anfang vom Ende der Europäischen Union?, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, H.12, 1101-1108.
- (1996): Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke, in: *PROKLA*, H. 102, 85-106.
- (2009): *Kritik der „Realpolitik“. Genese einer linksliberalen Vision der Weltgesellschaft*. Autobiografie, Münster.
- et al. (1974): *Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsstrategie und -programm eines Sonderforschungsbereichs*, Berlin/W.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Uwe Jens

Zukunft der Weltwirtschaft

Theorien, Analysen, Aussichten

Boomende Volkswirtschaften in Schwellenländern wie Indien und China – zugleich Schuldenkrise in Europa und den USA. Wohin steuert die globalisierte Wirtschaft nach der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009?

Uwe Jens, Professor für „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ und über viele Jahre Mitglied des Bundestages, analysiert in seinem neuen Band Zukunft der Weltwirtschaft die globalen ökonomischen Zusammenhänge und entwirft, ausgehend von der heutigen Lage, verschiedene Zukunftsszenarien und Entwicklungspotenziale der Weltwirtschaft.

„Theoretisch und empirisch gleichermaßen fundiert.“

Helmut Schmidt

„Den Leser erwartet eine ebenso anregende wie bedenkenswerte Lektüre.“

Norbert Lammert

Egmont Hass

Stabilitätspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Eine ökonomische Einführung

Der Autor erläutert systematisch soziale Marktwirtschaft, konjunkturelle Krisen, Arbeitslosigkeit und Geldpolitik, volkswirtschaftliche Stabilitätsprobleme und kontroverse Sichtweisen.

„Trotz begrenzten Umfangs nicht nur erstaunlich umfassend informativ, sondern auch grundlegend. (...) Überdies in einer vorzüglich verständlichen Sprache geschrieben. Egmont Hass erweist sich als ein Meister in der Aufbereitung schwieriger Sachverhalte und Begrifflichkeiten.“

Prof. Dr. Dr. Dieter Senghaas

„Wer in Talkshows Wissenschaftler über die Rückkehr des Keynesianismus reden hört und wissen will, was denn nun der Unterschied zwischen dieser und anderen Denkrichtungen ist, findet bei Hass eine gute Einführung.“

Süddeutsche Zeitung

Ökonomie und Politik



ISBN 978-3-89974548-1,
288 S., € 19,80



ISBN 978-3-89974486-6,
144 S., € 9,80

INFOSERVICE: Neuheiten für Ihr Fachgebiet unter www.wochenschau-verlag.de | Jetzt anmelden!

Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de